

Rede
Nr. 249/2023
Kiel, 24.11.2023

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Wir brauchen funktionierende Präventions- und Interventionsstrategien

„Es muss uns darum gehen, in Schulen wie auch unter Erwachsenen, Antisemitismus nicht nur im Rückblick zu erkennen, sondern in seiner Kontinuität auch im Hier und jetzt. Zu gedenken, schützt nicht automatisch davor, antisemitisch zu denken.“

Jette Waldinger-Thiering TOP 46 - 10-Punkte-Plan für jüdisches Leben —
Bildungsoffensive gegen Antisemitismus in Schleswig-Holstein. (Drs. 20/1617)

Wir haben in Deutschland ein merkwürdiges Verhältnis zum Antisemitismus. Letztes Jahr wurde monatelang über die Vorgänge auf der documenta in Kassel diskutiert. Bereits ein halbes Jahr vor Beginn der Ausstellung hatte es Antisemitismus-Vorwürfe gegen ein Künstlerkollektiv gegeben. Trotzdem wurde ein metergroßes Bild mit deutlich antisemitischer Bildsprache ausgestellt und erst nach einer öffentlichen Diskussion verdeckt und wieder abgebaut.

Der Vize-MP Bayerns hat als Schüler antisemitische Flugblätter besessen und bezichtigt nach Berichten darüber Journalistinnen und Journalisten einer Schmutzkampagne. Söder legt seinem Vize einen Fragenkatalog vor, findet dieser sei zwar nicht zufriedenstellend beantwortet, hält aber an ihm fest. Die Freien Wähler gewinnen in der nachfolgenden Wahl dazu und werden zweitstärkste Kraft in Bayern.

Antisemitismus – scheinbar doch nur ein Dummejungenstreich.

In ihrem Podcast reproduzieren Lanz und Precht uralte antisemitische Verschwörungstheorien und entschuldigen sich fünf Tage später bei allen, die darin „etwas antisemitisches gesehen haben“, um sich direkt im Anschluss gegenseitig zu bestätigen, nichts liege ihnen ferner als Antisemitismus.

Was mir nicht erst seit dem 07. Oktober öfter unangenehm aufgestoßen ist, ist wie schnell sich die Debatte darum drehte, den Antisemitismus bei Anderen zu sehen.

Linke sahen ihn bei Rechten, Rechte sahen ihn bei Linken, Progressive bei Konservativen und anders herum. Eine breite Mehrheit schien sich zudem sehr einig darin zu sein, Antisemitismus bei Menschen mit Migrationsgeschichte erkennen zu können, war aber nur schlecht dazu im Stande, sich selbst auch mal zu hinterfragen. Erwachsene kommen da eben auch recht schnell an ihre Grenzen.

Wir gehen an Schulpolitik oft mit dem Ziel heran, die folgenden Generationen besser auf diese Welt vorzubereiten. Und wir haben offenbar flächendeckend ein Problem damit, Antisemitismus zu erkennen und angemessen auf ihn zu reagieren.

Es gibt Fälle, in denen es verhältnismäßig einfach ist. Eskalationen auf Pausenhöfen, in Sportverbänden, tätliche Angriffe oder Beleidigungen wegen des Attributs, jüdisch zu sein.

Oder da, wo verschwörungstheoretische Erzählungen verbreitet werden, die ein weltumfassendes Bild einer ominösen Macht im Hintergrund imaginieren.

Israelbezogener Antisemitismus jedoch ist manchmal schwerer zu erkennen. Es gibt da Hilfestellungen, wie die 3D-Regel. Da, wo es über Kritik am Staat Israel weit hinausgeht und mit Doppelstandards, Delegitimierung oder der Dämonisierung Israels gearbeitet wird.

Seit dem 07. Oktober kommt es natürlich auch in Schulen zu Debatten um den Nahostkonflikt.

Nicht jede Solidaritätsbekundung mit den Menschen in den palästinensischen Gebieten ist dabei antisemitisch. Die Forderung nach einem eigenen Staat Palästina oder die Forderung nach Beendigung der israelischen Siedlungen im Westjordanland stehen nicht automatisch in diesem Verdacht.

Eine Schülerin mit einem „Free Palestine“-Schild auf einer Demonstration will sich womöglich eigentlich nicht in Zusammenhängen wiederfinden, in denen Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Spätestens wenn ein „From the River to the Sea“ dazu kommt, Material von BDS oder gar ein „Free Palestine from german guilt“, sollten Lehrkräfte, pädagogisches Personal und auch

Mitschülerinnen aber die Kontexte erkennen.

Es geht nicht darum, Debatten zu unterbinden, im Gegenteil.

Es muss uns aber darum gehen, unsere Lehrkräfte besser zu befähigen, Antisemitismus aber auch Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit identifizieren zu können und im Anschluss auch Konflikte unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen navigieren zu können.

Es muss uns darum gehen, Kinder und Jugendliche zum Einschreiten zu ermutigen und in ihrer Zivilcourage zu unterstützen. Sie brauchen Vertrauenspersonen, an die sie sich in solchen Fällen wenden können.

Es muss uns darum gehen, in Schulen wie auch unter Erwachsenen, Antisemitismus nicht nur im Rückblick zu erkennen, sondern in seiner Kontinuität auch im Hier und jetzt.

Zu gedenken, schützt nicht automatisch davor, antisemitisch zu denken.

Es ist daher unabdingbar, dass unsere Lehrkräfte flächendeckend die Möglichkeit haben, an Weiterbildungen teilzunehmen und dass die Fachanforderungen und Leitfäden an geeigneter Stelle angepasst werden. Es gibt bereits jetzt extrem gutes Material von der Bundeszentrale für politische Bildung, der Bildungsstätte Anne Frank oder der Amadeo Antonio Stiftung, um ein paar Beispiele zu nennen.

Wir brauchen funktionierende Präventions- und Interventionsstrategien.

Gesellschaftliche Probleme können nicht in Schulen gelöst werden.

Gesellschaftliche Probleme schlagen sich aber im Schulalltag nieder. Und da müssen Schulleitungen und Lehrkräfte ihnen begegnen, ob sie wollen oder nicht. Aufgabe der Politik ist es, sie darin zu unterstützen. Und mit diesem gemeinsamen Antrag gehen wir einen weiteren Schritt in diese Richtung.